

# Inhalt

Vorwort . . . . .	17
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	19
1. Kapitel: Einführung und urhebervertragsrechtliche Grundlagen . . . . .	23
A. Einleitung und Problemstellung . . . . .	23
B. Begriffsbestimmung und Präzisierung des Untersuchungsgegenstands . . . . .	24
I. Begriff der Verträge über unbekannte Nutzungsarten . . . . .	25
1. Der Nutzungsvertrag . . . . .	25
2. Die noch nicht bekannte Nutzungsart . . . . .	28
a. Zwei-Stufen-Test . . . . .	29
b. Maßgebende Perspektive . . . . .	30
II. Begriff der AGB-Kontrolle . . . . .	31
C. Gang der Untersuchung . . . . .	31
2. Kapitel: Die Neuregelungen zu den unbekannten Nutzungsarten . . . . .	35
A. Anlass und Motive der Gesetzesreform . . . . .	35
I. <i>Ratio legis</i> des § 31 Abs. 4 UrhG a.F. . . . .	36
II. Die beteiligten Interessen . . . . .	39
1. Urheberinteressen . . . . .	40
2. Verwerterinteressen . . . . .	41
3. Interessen der Allgemeinheit . . . . .	41
III. Kritik an § 31 Abs. 4 UrhG a.F. . . . .	42
1. Transaktionskosten . . . . .	42
2. Rechtsunsicherheit . . . . .	43
3. Blockademöglichkeit . . . . .	44
IV. Vorschläge zur Reform des § 31 Abs. 4 UrhG a.F. . . . .	44
1. Ersatzlose Aufhebung des Verbots . . . . .	45
2. Sonderter Vergütungsanspruch . . . . .	45

---

3. <i>Nordemann-Vorschlag</i> . . . . .	46
4. Kollektivrechtlicher Ansatz des sogenannten Professorenentwurfs . . . . .	47
B. Die Neuregelungen im Überblick . . . . .	47
C. Die Neuregelungen im Einzelnen . . . . .	50
I. Anwendungsbereich des neuen Rechts . . . . .	50
1. Sachlicher Anwendungsbereich . . . . .	50
a. Kategorie der sogenannten Risikogeschäfte . . . . .	50
b. Erfassung aller Werkarten und Werkkategorien . . . . .	53
2. Persönlicher Anwendungsbereich . . . . .	54
3. Zeitlicher Anwendungsbereich . . . . .	55
II. Das Schriftformerfordernis nach § 31a Abs. 1 S. 1 UrhG . . . . .	55
1. Anforderungen an die Schriftform . . . . .	55
2. Die Schriftform bei vorformulierten Nutzungsverträgen . . . . .	58
3. Rechtsfolge . . . . .	60
4. Exkurs: Insolvenz des Urhebers nach wirksamer Rechteeinräumung . . . . .	61
III. Widerrufsrecht nach § 31a Abs. 1 S. 2 UrhG . . . . .	63
1. Zweck des Widerrufsrechts . . . . .	63
2. Rechtsnatur und Rechtsfolge des Widerrufs . . . . .	64
a. Rechtsnatur . . . . .	64
b. Rechtsfolge des Widerrufs . . . . .	65
3. Voraussetzungen des Widerrufsrechts . . . . .	69
a. Widerrufsberechtigter . . . . .	70
b. Widerrufsadressat . . . . .	71
aa. Widerruf ohne Übertragung der Rechte an Dritte . . . . .	71
bb. Widerruf bei Weiterübertragung . . . . .	71
(1) Fortbestand des Widerrufsrechts . . . . .	71
(2) Richtiger Erklärungsempfänger . . . . .	73
cc. Widerruf bei Unterlizenzierung . . . . .	75
c. Widerrufsfrist . . . . .	77
aa. Grundsätzliche Fristlosigkeit des Widerrufsrechts . . . . .	77
bb. Ingangsetzen einer dreimonatigen Frist gemäß § 31a Abs. 1 S. 4 UrhG . . . . .	77
(1) Obliegenheit oder Pflicht zur Mitteilung . . . . .	78
(2) Anforderungen an die fristauslösende Mitteilung gemäß § 31a Abs. 1 S. 4 UrhG . . . . .	80
(a) Zeitpunkt und Inhalt der Mitteilung . . . . .	80
(b) Form der Mitteilung . . . . .	82
(c) Mitteilungsberechtigter bzw. -verpflichteter . . . . .	82

Inhalt	9
(d) Versendung der Mitteilung und Nachforschungspflichten.	83
d. Ausübung des Widerrufs . . . . .	84
4. Unverzichtbarkeit des Widerrufsrechts gemäß § 31a Abs. 4 UrhG . . . . .	86
5. Entfall des Widerrufsrechts . . . . .	89
a. Vergütungsabrede nach Bekanntwerden der neuen Nutzungsart . . . . .	89
b. Vergütungsabrede vor Bekanntwerden der Nutzungsart .	92
c. Vergütungsabrede gemäß § 31a Abs. 2 UrhG bei Übertragung und Weitereinräumung der Nutzungsrechte	93
6. Beschränkung des Widerrufsrechts gemäß § 31a Abs. 3 UrhG	95
a. Gesamtheit zusammengefasster Werke oder Werkbeiträge . . . . .	95
b. Angemessene Verwertbarkeit nur unter Verwendung der Gesamtheit . . . . .	97
c. Kein Widerruf wider Treu und Glauben . . . . .	98
7. Auswirkung der Widerrufsausübung auf die vertragliche Vergütung . . . . .	100
IV. Vergütung für später bekannte Nutzungsarten gemäß § 32c UrhG . . . . .	103
1. Rechtsnatur des Vergütungsanspruchs . . . . .	104
2. Verhältnis zum vertraglichen Vergütungsanspruch . . . . .	104
a. Unabhängige Anspruchsentstehung . . . . .	105
b. Anspruchsbestand abhängig von vertraglicher Vergütung	106
aa. Notwendigkeit einer Abhängigkeit beider Ansprüche . . .	107
bb. Dogmatische Ausgestaltung: Beiderseitige Erfüllungswirkung . . . . .	108
c. Verhältnis zum Anspruch nach § 32 Abs. 1 UrhG . . . . .	109
3. Aufnahme der neuartigen Werknutzung als Anspruchsvoraussetzung . . . . .	110
4. Haftungsübergang gemäß § 32c Abs. 2 UrhG . . . . .	112
a. Nutzungsrechteübertragung gemäß § 34 UrhG . . . . .	112
b. Weitereinräumung gemäß § 35 UrhG . . . . .	113
c. Verhältnis zum vertraglichen Anspruch bei Zweiterwerb .	114
d. Voraussetzungen des Haftungsübergangs . . . . .	115
5. Inhalt des Anspruchs . . . . .	116
a. Ermittlung der Angemessenheit nach einer gemeinsamen Vergütungsregel . . . . .	117
b. Ermittlung der Angemessenheit nach § 32 Abs. 2 S. 2 UrhG . . . . .	118

---

c. Sonderfall: Substituierung einer bisherigen Nutzungsart . . . . .	122
d. Ermittlung der Angemessenheit durch einseitige Leistungsbestimmung nach billigem Ermessen gemäß §§ 315 ff. BGB . . . . .	123
6. Unterrichtungspflicht gemäß § 32c Abs. 1 S. 3 UrhG . . . . .	126
a. Gegenstand der Unterrichtung . . . . .	127
b. Unterrichtungsverpflichteter . . . . .	127
c. Versendung der Unterrichtung . . . . .	129
d. Rechtsfolge einer unterbliebenen Unterrichtung . . . . .	130
7. Unverzichtbarkeit der Rechte aus § 32c UrhG . . . . .	132
 3. Kapitel: Individualvertragliche Anforderungen an Verträge über unbekannte Nutzungsarten . . . . .	135
A. Beschränkungen der Rechtseinräumung nach § 31 Abs. 1 S. 2 UrhG. . . . .	136
B. Die Zweckübertragungsregel gemäß § 31 Abs. 5 UrhG . . . . .	138
I. Regelungsgehalt . . . . .	139
II. Bisherige Anwendung im Bereich der unbekannten Nutzungsarten . . . . .	140
1. Die Rechtsprechung des Reichsgerichts . . . . .	141
2. Die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs . . . . .	144
3. Zusammenfassende Betrachtung . . . . .	145
III. Neubewertung nach der Streichung des § 31 Abs. 4 UrhG a.F. . . . .	147
1. Schwächung der Zweckübertragungsregel insgesamt? – das Verhältnis von § 31 Abs. 5 UrhG und § 31 Abs. 4 UrhG a.F. . . . .	147
2. Modifizierte Anwendung des § 31 Abs. 5 UrhG bei unbekannten Nutzungsarten . . . . .	149
a. Anforderung an die Bezeichnung des Nutzungsrechts . . . . .	149
aa. Technisch bekannte Nutzungsarten . . . . .	151
bb. Auch technisch (echte) unbekannte Nutzungsarten . . . . .	152
cc. Fehlende Bezugnahme auf die Kategorie der unbekannten Nutzungsarten . . . . .	155
dd. Zwischenergebnis . . . . .	155
b. Unbekannte Nutzungsarten als Gegenstand des Vertragszwecks . . . . .	156
3. Zusammenfassung . . . . .	158
C. Die verfügungsgeschäftliche Bestimmtheit der Rechtseinräumung . . . . .	160
D. Exkurs: Zweiterwerb von unbekannten Nutzungsrechten . . . . .	163
I. Erfordernis der Zustimmung des Urhebers . . . . .	164
II. Anforderungen an den sekundären Nutzungsvertrag . . . . .	166

---

4. Kapitel: AGB-Kontrolle von urheberrechtlichen Nutzungsverträgen . . . . .	169
A. Bedürfnis einer AGB-Kontrolle im Urhebervertragsrecht . . . . .	169
B. Anwendbarkeit der AGB-Kontrolle im Urhebervertragsrecht . . . . .	171
I. Generelle Anwendbarkeit der §§ 305 ff. BGB . . . . .	171
II. Sonderregeln für Arbeitsverhältnisse . . . . .	174
III. Sonderregelung für Unternehmer(-Urheber) . . . . .	175
1. Modifizierte AGB-Kontrolle gegenüber Unternehmern . . . . .	175
2. Urheber als Unternehmer nach §§ 310 Abs. 1, 14 BGB . . . . .	175
3. Folgerungen für die nachstehende Untersuchung . . . . .	178
a. Keine Anwendbarkeit der Verbraucherschutzregel des § 310 Abs. 3 BGB . . . . .	178
b. Erleichterte Einbeziehung der AGB . . . . .	179
c. Ausstrahlungswirkung der speziellen Klauselverbote . . . . .	180
4. Zwischenbefund . . . . .	180
C. Die Bedeutung der Unklarheitenregelung des § 305c Abs. 2 BGB . . . . .	181
I. Normzweck und Funktionsweise des § 305c Abs. 2 BGB . . . . .	182
II. Grundsatz der objektiven Auslegung von AGB . . . . .	184
III. Modifizierte Anwendung im Urhebervertragsrecht . . . . .	186
1. Auslegungsgrundsätze im Urhebervertragsrecht . . . . .	186
2. Verhältnis der allgemeinen bürgerlich-rechtlichen Auslegungsregeln zur Zweckübertragungslehre . . . . .	187
3. Schlussfolgerung für die Anwendbarkeit des § 305c Abs. 2 BGB . . . . .	190
IV. Bedeutung für die Klauseln über unbekannte Nutzungsarten . . . . .	190
D. Verbot von überraschenden Klauseln gemäß § 305c Abs. 1 BGB . . . . .	192
I. Objektiv ungewöhnliche Klausel und Überraschungsmoment . . . . .	193
II. Schlussfolgerung . . . . .	194
1. Ausdrückliche Hervorhebung der Rechtseinräumung . . . . .	195
2. Faktisches intertemporales Recht . . . . .	195
III. Exkurs: Aufklärungspflicht gemäß § 241 Abs. 2 BGB . . . . .	196
E. Inhaltskontrolle gemäß § 307 Abs. 1 S. 1, Abs. 2 BGB . . . . .	197
I. Die Kontrollschanke des § 307 Abs. 3 S. 1 BGB . . . . .	197
1. Kontrollimmunität deklaratorischer Klauseln . . . . .	199
a. Funktionsweise des Schrankentatbestands . . . . .	199
b. Klauseln über unbekannte Nutzungsarten als deklaratorisch i.S.d. § 307 Abs. 3 S. 1 BGB? . . . . .	201
aa. Wiederholung der §§ 31a, 32c UrhG . . . . .	202
bb. Konkretisierung der §§ 31a, 32c UrhG . . . . .	203
c. Zwischenergebnis . . . . .	206
2. Kontrollimmunität von Leistungsbeschreibungen . . . . .	206

a.	Kontrollfreiheit einer Leistungsklausel mangels Kontrollbedürftigkeit . . . . .	207
aa.	Ausgangspunkt: Die <i>essentialia negotii</i> als Gegenstand der Kundenaufmerksamkeit beim Vertragsschluss . . . . .	208
bb.	Identifizierung der nicht kontrollbedürftigen Leistungsbestimmung im Urhebervertragsrecht . . . . .	210
(1)	Der Meinungsstand in urheberrechtlichem Schrifttum und Rechtsprechung . . . . .	210
(2)	Eigener Lösungsansatz . . . . .	213
cc.	Unbekannte Nutzungsarten als Gegenstand der Rechtseinräumung . . . . .	216
dd.	Zwischenergebnis . . . . .	218
b.	Kontrollfreiheit einer Leistungsklausel mangels Kontrollfähigkeit . . . . .	218
aa.	Rechtliche Maßstäbe für Leistungsbestimmungen in urheberrechtlichen Nutzungsverträgen . . . . .	219
(1)	Der Meinungsstand in urheberrechtlichem Schrifttum und Rechtsprechung . . . . .	219
(2)	Differenzierte Bewertung . . . . .	220
bb.	Die Zweckübertragungsregel als rechtlicher Maßstab . . . . .	222
c.	Zwischenergebnis . . . . .	225
3.	Kontrollimmunität von Preisklauseln . . . . .	226
a.	Kontrollfreiheit einer Preisklausel mangels Kontrollfähigkeit . . . . .	228
aa.	Die Zweckübertragungsregel als Maßstab der Vergütungsabrede? . . . . .	230
bb.	Der Grundsatz der angemessenen Vergütung gemäß § 11 S. 2 i. V. m. § 32 Abs. 2 UrhG als rechtliche Vorgabe für die Vergütungshöhe? . . . . .	233
cc.	§ 32c UrhG als Vorgabe für die Aufspaltung der vertraglichen Vergütung? . . . . .	239
dd.	Rechtliche Maßstäbe für vorformulierte Preisvorbehalte? . . . . .	241
ee.	Zwischenergebnis . . . . .	244
b.	Kontrollfreiheit einer Preisklausel mangels Kontrollbedürftigkeit . . . . .	244
4.	Zusammenfassung der Ausführungen zur Kontrollimmunität	246
II.	Inhaltlich unangemessene Benachteiligung, § 307 Abs. 1 S. 1, Abs. 2 BGB . . . . .	246
1.	Funktionsweise und Kriterien der Inhaltskontrolle . . . . .	246
a.	Grundsätzliche Kriterien der Inhaltskontrolle . . . . .	246

b.	Systematik der § 307 Abs. 1, 2 BGB . . . . .	248
c.	Abgrenzung zur Einbeziehungskontrolle nach § 305c Abs. 1 BGB . . . . .	250
2.	§ 307 BGB und die Verträge über unbekannte Nutzungsarten. . . . .	251
a.	§ 31 Abs. 5 UrhG als gesetzliches Leitbild für die Kontrolle der Rechtseinräumung, § 307 Abs. 2 Nr. 1 BGB . . . . .	252
aa.	§ 31 Abs. 5 UrhG als gesetzliche Regelung . . . . .	252
bb.	Wesentliche Grundgedanken des § 31 Abs. 5 UrhG . . . . .	254
cc.	Abweichung . . . . .	257
(1)	Technisch bekannte, aber wirtschaftlich unbedeutende Nutzungsarten . . . . .	258
(2)	Auch technisch (echte) unbekannte Nutzungsarten . . . . .	258
(3)	Zwischenbefund . . . . .	260
dd.	Unvereinbarkeit . . . . .	260
(1)	Vorgaben für die Interessenabwägung . . . . .	260
(2)	Anwendung der Kriterien auf urheberrechtliche Rechteeinräumungen . . . . .	261
(a)	Abweichungsinteresse der Verwerter als Klauselverwender . . . . .	262
(b)	Von § 31 Abs. 5 UrhG geschützte Interessen der Urheber . . . . .	263
(c)	Abwägung . . . . .	264
ee.	Ergebnis . . . . .	273
b.	Unangemessene Benachteiligung durch Vereinbarung eines Preisvorbehalt . . . . .	275
aa.	Schwerwiegender Grund . . . . .	277
bb.	Tatbestandliche Eingrenzung des Preisvorbehalt . . . . .	278
cc.	Vereinbarter Ausführungsmaßstab . . . . .	280
dd.	Ergebnis . . . . .	281
c.	Benachteiligung durch einen unangemessen langen Leistungsvorbehalt, §§ 307 Abs. 1, 308 Nr. 1 BGB . . . . .	282
aa.	Kontrollunterworfenheit der Klausel . . . . .	283
bb.	Unangemessen lange Leistungsfrist . . . . .	283
(1)	Vereinbarung einer Leistungsfrist . . . . .	284
(2)	Unangemessene Länge . . . . .	285
cc.	Ergebnis . . . . .	287
3.	Zusammenfassung . . . . .	288
F.	Transparenzkontrolle gemäß § 307 Abs. 1 S. 2 BGB . . . . .	288
I.	Bedeutung und Funktionsweise der Transparenzkontrolle . . . . .	289
1.	Anwendungsbereich . . . . .	289
2.	Wesentliche Kriterien . . . . .	290

---

II.	Das Transparenzgebot bei Verträgen über unbekannte Nutzungsarten . . . . .	290
1.	Die Intransparenz der Rechtseinräumung . . . . .	291
a.	Gesamtgestaltung des Rechtekatalogs und das Verhältnis zur Zweckübertragungsregel des § 31 Abs. 5 UrhG . . . . .	291
b.	Die Rechtseinräumung an unbekannten Nutzungsarten . . . . .	294
aa.	Abgrenzung der Transparenzkontrolle zu § 305c Abs. 1 BGB . . . . .	294
bb.	Systematische Stellung der Klausel betreffend die Rechtseinräumung an unbekannten Nutzungsarten . . . . .	296
cc.	Anforderungen an die Konkretisierung der Rechtseinräumung . . . . .	297
2.	Die Intransparenz der Vergütungsabrede . . . . .	299
a.	Flexible Vergütungsklausel . . . . .	300
b.	Einseitiger Preisvorbehalt . . . . .	301
3.	Die Intransparenz bei der Bezugnahme auf die gesetzlichen Rechte aus §§ 31a, 32c UrhG . . . . .	301
a.	Irreführung über das Widerrufsrecht . . . . .	302
b.	Irreführung über den gesetzlichen Vergütungsanspruch .	303
c.	Grenzen des Vollständigkeitsgebots . . . . .	304
4.	Heilung der Intransparenz . . . . .	305
5.	Zusammenfassung . . . . .	306
G.	§ 306 BGB: Rechtsfolge der Unwirksamkeit bzw. Nichteinbeziehung . . . . .	307
I.	Die Bezugnahme auf die gesetzlichen Regelungen der §§ 31a, 32c UrhG . . . . .	307
II.	Die Rechtseinräumung . . . . .	308
1.	Die Nichteinbeziehung gemäß § 305c Abs. 1 BGB . . . . .	309
a.	Bedeutung für den Nutzungsvertrag, § 306 Abs. 1 BGB . .	309
b.	Schließung der Vertragslücke nach § 306 Abs. 2 BGB . .	310
c.	Festhalten am Vertrag als unzumutbare Härte, § 306 Abs. 3 BGB . . . . .	312
2.	Unwirksamkeit wegen ungerechtfertigter zwecküberschreitender Einräumung von Rechten an unbekannten Nutzungsarten, § 307 Abs. 2 Nr. 1 BGB . . . . .	312
a.	Geltungserhaltende Reduktion oder Abtrennung des zulässigen Klauselteils? . . . . .	313
b.	Schließung der Vertragslücke nach § 306 Abs. 2 BGB . .	314
3.	Unwirksamkeit durch systematische Intransparenz . . . . .	315
III.	Zusammenfassung . . . . .	315

---

5. Kapitel: Schlussbetrachtung . . . . .	317
A. Zusammenfassung in Thesen . . . . .	317
B. Fazit . . . . .	321
Literaturverzeichnis . . . . .	323